

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXV/21

Bonn, den 2. Februar 1970

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>"Beispielhaft"</u> Neuer Abschnitt für die deutsch-französischen Beziehungen Von Georg Scheuer, Paris	41
2 - 3	<u>Köplers holperiger Weg nach Düsseldorf</u> In drei Jahren der vierte CDU-Spitzenkandidat in NRW	94
4	<u>Wehrbeauftragter</u> SPD/FDP messen der Institution große Bedeutung zu	30
4	<u>Tatsächlich: Eine ganze Seite Schlamm!</u>	19
5 - 6	<u>Wohin treibt Bolivien?</u> Größtes Übel: wirtschaftliche Rückständigkeit Von einem gelegentlichen Mitarbeiter	83

"Beispielhaft"

Neuer Abschnitt für die deutsch-französischen Beziehungen

Von Georg Scheuer, Paris

Neue und bessere Beziehungen der deutschen Bundesrepublik nicht nur mit Osteuropa, sondern auch mit Westeuropa: Das ist die Quintessenz des deutsch-französischen Gipfelgesprächs vom letzten Wochenende in Paris.

Die erste offizielle bilaterale Begegnung zwischen Bundeskanzler Willy Brandt und Staatspräsident Pompidou, begleitet von ausführlichen Gesprächen der Außenminister Scheel und Schumann, sowie der Wirtschaftsminister Schiller und Giscard war ein ausgesprochener Erfolg ein Maßstab und Wendepunkt in den Beziehungen zwischen den beiden Ländern.

Vor allem hat Bonn jetzt die ausdrückliche politische und moralische Unterstützung Frankreichs in den Gesprächen mit Osteuropa. Das ist von ausschlaggebender Bedeutung für die weitere gesamteuropäische Entwicklung und ein Strich durch die Störmanöver der sogenannten "deutschen Gaullisten".

Die Verständigung über die Vertiefung und Erweiterung der EWG durch Einleitung von Verhandlungen mit Großbritannien wurde bereits im Dezember 1969 in Den Haag erzielt. Schon dort spielte das gute persönliche Klima zwischen Brandt und Pompidou eine wesentliche Rolle; auch sie wurde jetzt in Paris bestätigt.

Erstmalig verständigte man sich diesmal auch über wirtschaftliche und kulturelle Tätigkeiten der beiden Länder im nordafrikanischen Raum. Hinzu kommen eine Reihe von bilateralen Abkommen über technische und wissenschaftliche Zusammenarbeit.

Zusammenfassend kann man sagen: Die deutsch-französischen Beziehungen waren nie besser als jetzt. Sie sind nicht "prioritär", d.h. keinem anderen Partner Frankreichs oder der Bundesrepublik zum Nachteil aber ohne Zweifel beispielhaft.

Differenzen und Meinungsverschiedenheiten verbleiben derzeit nur noch in untergeordneten Fragen. Entscheidend ist der gemeinsame Wille zur Regelung der jeweils anliegenden Probleme. Diesmal ist diese Feststellung keine zweckoptimistische Phrase, wie das so häufig bei früheren Bundeskanzlern nach ihren Unterhaltungen mit General de Gaulle der Fall war. Brandt und Pompidou verzichteten auf Phrasen; sie stehen auf dem Boden der Tatsachen - und sagen es auch.

Somit fallen geistige und politische Schranken und Vorurteile nicht nur in der deutschen Ostpolitik, sondern auch im westeuropäischen Rahmen. Der Präsidentenwechsel an der Seine hat dazu beigetragen, die Ablösung der fast 20jährigen CDU/CSU-Herrschaft am Rhein gab den Ausschlag. Das deutsch-französische Verhältnis steht unter neuem und besserem Vorzeichen. Es ist jetzt eingebettet in einen allgemeinen Prozeß gesamteuropäischer Entspannung, Verständigung und Zusammenarbeit.

+ - +

Köpplers holperiger Weg nach Düsseldorf

In drei Jahren der vierte CDU-Spitzenkandidat in NRW

x - Ausgesprochen sauer reagierte Dr. Wilhelm L e n z, CDU-Oppositionschef im Düsseldorfer Landtag, als ihm Dr. Rainer B a r z Vorsitzender der CDU-Bundestagsfraktion, in Bochum am Sonnabend die Hand reichte: Sekunden vorher war das Ergebnis der Kampfabstimmung bekanntgegeben worden, der sich Lenz, seit Februar 1969 mit 82 Prozent aller 120 Delegiertenstimmen zum Spitzenkandidaten der Union für die Landtagswahl am 14. Juni 1970 in Nordrhein-Westfalen gewählt, und der zweimalige Senkrechtstarter Heinrich K ö p p l e r, (44), in der großen Koalition parlamentarischer Geschäfts-Staatssekretär im Bundesinnenministerium und derzeit parlamentarischer Geschäftsführer der CDU-Bundestagsfraktion, stellten. Diesmal stimmten nur 34 der zweimal 60 Delegierten der CDU-Landesverbände Rheinland und Westfalen-Lippe für Dr. Lenz. Köppler wurde mit 86 Stimmen gewählt.

Für Dr. Lenz ist das Ergebnis von Bochum keine Überraschung, gleichwohl man ihm noch wenige Tage vor der Delegiertenversammlung eine reelle Chance auszurechnen geglaubt hatte. In Wahrheit war es jedoch nur noch ein Rechenexempel, ob Köppler lediglich mit knapper oder breiter Mehrheit siegen würde. Daß er so eindeutig aus dem Kampf der bisher schärfsten Rivalen der NRW-Union hervorgehen sollte, überrascht im Hinblick auf die fleißige Vorarbeit, die der Düsseldorfer Oppositionsvorsitzende für sein Wahlkampfprogramm geleistet hat.

Keine Partei ist vor personellen Veränderungen, kein Politiker vor unerwarteten Niederlagen in den eigenen Reihen immun. Was sich aber in der nordrhein-westfälischen Union seit dem Sturz der unter Führung des CDU-Ministerpräsidenten Dr. M e y e r s gebildeten Landesregierung in Düsseldorf von Dezember 1966 ab entwickelte, ist ein Trauerspiel. Denn immerhin brachte es hier die Partei, die mit über 120.000 Mitgliedern in diesem Bundesland über die stärkste Mitgliedschaft der Union überhaupt verfügt, fertig, in gut drei Jahren den vierten Spitzenkandidaten zu nominieren und dann noch den Menschen an Rhein und Ruhr vorzugaukeln, daß solche - in aller Öffentlichkeit aufgetragenen - Positions- und Richtungskämpfe "nur" belebend wirken könnten und noch dazu demokratisch gut seien.

Nach dem - wie man heute in Düsseldorf konstatiert - von der Bonner Unionszentrale inszenierten Intrigenspiel gegen Lenz bemühte sich Dr. Rainer Barzel zu prophezeien, daß die Wahl von Köppler dem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Heinz Kühn bei der kommenden Wahl viel zu schaffen machen werde. Dr. Lenz sekundierte dazu mit diesmal gar nicht lächelnder Miene, daß die Union in NRW die Wahl gewinnen könne, wenn man zusammenhalten würde. Der aus der katholischen Verbandsarbeit hervorgegangene (als streng konservativ eingeführte) Heinrich Köppler rief der Delegierten nach seiner Wahl in Bochum zu, daß ihm kein Entschluß so schwer gefallen sei, seitdem er im politischen Leben steht, als der Abschied von der Bundespolitik.

Ganz abgesehen davon, daß Köppler nicht bereit war, sich von der Bundespolitik zu verabschieden, als er schon im Februar 1969 aufgefordert wurde, gegen Lenz anzutreten, hat sich Ministerpräsident Kühn immer eindeutig für die Landespolitik entschieden. Und das - so scheint

es - ist auch das offene Geheimnis des Erfolges der von Ende 1966 ab unangefochten in Düsseldorf regierenden SPD/FDP-Koalition und ihrer Regierungsmannschaft: Die führenden Männer in Düsseldorf haben niemals die Landespolitik als Zwischenstation auf dem Wege nach Bonn oder umgekehrt betrachtet, wenn das "Kind einmal in den Brunnen fallen sollte". Gegen Köppler bleibt hingegen der Verdacht bestehen, daß er sich erst dann in die Landespolitik des bevölkerungsreichsten Bundeslandes begab, als die CDU in Bonn die Macht verloren hatte.

Und so beginnt sein neuer Senkrechtstart in Nordrhein-Westfalen mit manchen politischen und auch menschlichen Ressentiments behaftet. Sie zeichneten sich bereits ab, als Dr. Lenz am 9.1.70 den Vorständen der beiden CDU-Landesverbände in Düsseldorf sein Wahlprogramm vortrug, nach einiger Kritik an seinem Entwurf die Vertrauensfrage stellte und dann unterlag. Das war - nach außen hin - der "Stein des Anstoßes", obwohl heute diejenigen, die Lenz Kritik zollten, nichts mehr davon wissen wollen, sondern sich vielmehr noch mit dem politischen Inhalt des Lenz-Programms i d e n t i f i z i e r e n. Ihre Polemik wollen sie jetzt nur so gedeutet wissen, daß (frei nach Köppler) das Programm "gestraft und konkretisiert werden müsse". So kann es nicht nur passieren, sondern wird nüchterne Realität sein, daß der in Bochum gewählte neue Ministerpräsident-Kandidat mit dem Programm in den Wahlkampf ziehen wird, das sein gestürzter Vorgänger Lenz erarbeitet hat. Der eigentliche "Stein des Anstoßes" wurde also nicht sachlich gezielt nach Lenz geworfen, sondern lediglich nur ein wenig "ins Rollen" gebracht, um den bisherigen Spitzenkandidaten aus dem Sattel zu heben.

Es erübrigt sich, die Moralität eines solchen politischen Ränke-spiels zu analysieren. Es gilt vielmehr, die Frage nach der politischen Reaktion auf die Menschen zu stellen, um deren Vertrauensvotum sich nunmehr der neue erste Mann der Union in NRW bewirbt. Und es steht insbesondere die Frage an, wohin nunmehr die stärksten Landesverbände der Union hier in Nordrhein-Westfalen mit einem konservativen Mann wie Köppler an der Spitze steuern. Das kann angesichts der Auswirkungen auf die gesamte Union nicht sekundär sein, zumal Köppler eher in die Gruppe der äußersten "Rechts-CDU" einzustufen ist und die Tatsache, daß sich bedeutende Gruppen der christlichen Sozialausschüsse innerhalb der CDU (z.B. im Ruhrgebiet) vor dem 31. Januar weit mehr für Lenz als für Köppler ausgesprochen hatten, bedenklich stimmen muß.

Auch das wird der Wähler an Rhein und Ruhr gebührend zu prüfen wissen, obwohl es nach den neuen Kämpfen der Union in NRW keiner weiteren Überlegung bedarf, wem in diesem Land mehr zu trauen und zu vertrauen ist. Die CDU in Nordrhein-Westfalen tritt am 14. Juni 1970 an, um die "Schlappe von Bonn" auszugleichen. Den Sozialdemokraten und Freien Demokraten in Düsseldorf geht es darum, die von ihnen konzipierte Politik fortzusetzen, weil sie Erfolge brachte und neue Zukunftsaussichten eröffnete.

+ + +

Wehrbeauftragter

sp - Wie ernst es die neue Bundesregierung mit der Institution des Wehrbeauftragten nimmt, beweist das Bemühen der Koalitionsparteien, darüber mit der Opposition ins Einvernehmen zu gelangen. Die Amtszeit des zurzeit amtierenden Wehrbeauftragten Hoogen war bereits am 6. Dezember abgelaufen. Die CDU war in zweimaligen Gesprächen - das erste erfolgte schon Anfang Dezember vergangenen Jahres - nicht in der Lage, personelle Vorschläge zu machen. Es fielen zwar außerhalb der Gespräche die Namen Zimmermann, CSU-Abgeordneter und Vorsitzender des Verteidigungsausschusses, und des CDU-Abgeordneten Richard von Weizsäcker, doch beide in Erwägung gezogene Kandidaten stießen auf Widerstand innerhalb der Unionsparteien. Zwischen einem Zimmermann und einem von Weizäcker liegen Welten. SPD und FDP haben inzwischen, da sie einen Zustand der Unsicherheit nicht einreißen lassen wollten, den FDP-Abgeordneten Fritz Rudolf Schultz vorgeschlagen, einen Mann, der für dieses verantwortungsvolle Amt die besten Voraussetzungen hätte.

Die Parlamentsdebatte über den Jahresbericht des Wehrbeauftragten wird am 12. März erfolgen. Hoogen, der zum Unterschied zu seinem Vorgänger die ganzen Jahre durchhielt und gute Arbeit geleistet hat, wird als erster den Bericht erläutern. Die Regierungsparteien sind auch bereit, von ihm etwa als notwendig gehaltene Gesetzeskorrekturen zu akzeptieren; dazu berechtigt ihn sein Sachverstand. Die von manchen Kreisen in die Welt gesetzte Behauptung, die Regierungsparteien wollten mit der Benennung von Schultz zum Wehrbeauftragten von sich aus Gesetzesänderungen vornehmen, fällt damit ins Wasser, ebenso wie die Legende, das Parlament widme der Institution des Wehrbeauftragten nicht die nötige Beachtung.

Für die aus SPD und FDP bestehende Parlamentsmehrheit trifft dies nicht zu. Die Debatte am 12. März wird erkennen lassen, welche Bedeutung die Regierungsparteien dem Wehrbeauftragten als Hilfsinstrument des Parlaments zumessen.

+ + +

Tatsächlich: Eine ganze Seite Schlamm!

sp - Axel Cäsar Springers "Welt am Sonntag", das Spielfeld konservativ-reaktionärer Kommentatoren mit dem Springer-eigenen Anti-SPD-Trend, hat für die erstaunten Leser eine neue Überraschung bereitet. Der reaktionärste dieser Gilde, der ideologisch verkrampte William S. Schlamm, dem die bisherige Chefredaktion eine Viertelseiten-Raum im rückwärtigen Blatteil einräumte, hat unter der neuen Leitung einen Senkrechstartsprung nach vorn und nach oben gemacht. Nun darf der gebürtige Österreicher amerikanischer Staatsbürgerschaft mit Schweizer Domizil seine allsonntäglichen Tiraden auf einer ganzen Seite ausbreiten. Der Sinngehalt dieser Seite ist belanglos und gleichgültig. Wer den "Schlamm am Sonntag", um Herbert Wehner zu zitieren, bisher schon, seitdem der altgewordene Kolumnist vom "Stern" zu Springer wechselte, in Stichproben genossen hat, kann auch in dieser Seite nichts Neues und Erwägenswertes mehr finden. Aber trotzdem und gerade deswegen ist eine ganze Seite "Schlamm am Sonntag" ohne Zweifel ein Programm, das für oder doch wohl besser gegen sich selbst spricht und sich selbst politisch abschreibt.

+ + +

Wohin treibt Bolivien?

Größtes Übel: wirtschaftliche Rückständigkeit

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter

Bolivien ist nach Paraguay und Ecuador das rückständigste, ärmste, am wenigsten entwickelte der Entwicklungsländer Südamerikas. Es hat eine ungeheure Ausdehnung, ist doppelt so groß als Deutschland, aber es leben nur etwa vier Millionen Menschen verstreut in diesem großen, überwiegend öden Raum. Zwei Drittel dieser Bevölkerung sind Indianer, die nur zum Teil und nur schwach in den Wirtschaftskreislauf des Landes einbezogen sind. Die Indianer müssen größtenteils als Analphabeten gewertet werden, wenn auch die jüngere Generation schon gelernt hat, sich spanisch zu verständigen und den Namen zu schreiben. Ihr Lebensstandard ist für europäische Begriffe entsetzlich niedrig. Die Bodenbeschaffenheit der Siedlungsgebiete reicht von der rauhen 4000-Meter-Höhe der Anden-Hochebene über die subtropischen Gebirgstäler bis hinunter in die endlosen, ausgedörrten Steppen des Chaco im Südosten und in die Urwälder des Amazonenstromgebietes im Norden und Nordosten. Nur wenige Eisenbahnlinien und Straßen, die diese Bezeichnung verdienen, verbinden die wenigen Städte miteinander und das Land mit der Außenwelt.

Vor bald 100 Jahren ging Bolivien im Kriege mit Chile seine Meeresküste verloren, was zweifellos die Entwicklung des Landes stark behindert hat. Die Wirtschaft Boliviens basiert auf dem Export von Erzen, in erster Linie von Zinn, und erst in jüngster Neuzeit sind Petroleum und Erdgas als große, neue Faktoren dazugekommen. Die Landwirtschaft ist kümmerlich, wird größtenteils archaisch betrieben und reicht nicht aus, um die Städte zu ernähren. Rationell arbeitende, mittlere Industriebetriebe gibt es nur ganz wenige im Lande und die Kleinheit des Marktes, die großen Entfernungen, die mangelnden Verkehrswege, die schlechten Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt, die hohen Betriebs- und Produktionskosten, alles läßt eine Entwicklung moderner Konsumgüterindustrien illusorisch erscheinen. Die Industrialisierungsmöglichkeiten Boliviens liegen vielmehr weiterhin zu 90 Prozent im Bereiche der Rohstoffe-Gewinnung und -Zubereitung für den Export sowie im Aufbau und der Erhaltung geeigneter Transportwege und -systeme. Die allgemeine Entwicklung ist an den Aufbau einer leistungsfähigen Verwaltungs- und Verteilungs-Struktur sowie eines Ausbildungs-, Schulungs- und Hochschulwesens gebunden, das den Erfordernissen moderner gesellschaftlicher Lebensformen Rechnung tragen kann.

Ohne diese elementaren Fakten und Umstände, die das heutige Bolivien charakterisieren, gebührend in Betracht zu ziehen, ist ein Verständnis der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Ereignisse und Strömungen in dem Lande unmöglich.

Wie das Entwicklungsproblem Boliviens praktisch einer Lösung nähergebracht werden kann, darüber gehen die Meinungen ebenso ausein-

ander, wie die im Spiele stehenden wirtschaftlichen Interessen. Eines steht fest. Es ist eine enorme, fortlaufende Investition von Kapital erforderlich, um den Entwicklungsfortschritt zu bewerkstelligen; das Land kann aus eigener Kraft weder dieses Kapital, noch die nötigen technologischen Voraussetzungen aufbringen. Die Entwicklungshilfe der Industrieländer, hauptsächlich der USA hat sich als vollkommen unzulänglich erwiesen und die Heranziehung von privatem, ausländischen Kapital in der Form langfristiger Konzessionen zur Förderung und Kommerzialisierung der Bodenschätze, wird von einer Reihe von Interessengruppen, die sich als "links", "revolutionär" und "nationalistisch" deklarieren, auf das Heftigste bekämpft. In ihrer Propaganda erscheint die ausländische Kapitalinvestition als Imperialismus, Neokolonialismus und Ausplünderung des Landes. Auf dieser ideologischen Linie hält sich auch die seit einigen Monaten in Bolivien regierende Militärjunta mit ihrer spektakulären Verstaatlichung und Konfiskation der amerikanischen Gulf Oil Co., eine Maßnahme, die das Land zunächst in eine lähmende Krise gestürzt hat, deren Folgen und Auswirkungen noch nicht abzusehen sind.

Von einem demokratischen und fortschrittlichen Standpunkte aus kann man gewiß nicht in einem Konflikt zwischen einem der mächtigsten amerikanischen Ölkonzerne und einem armen, zurückgebliebenen Indianerlande, die Partei des ersteren ergreifen. Dieser Konflikt ist aber nur die äußere Fassade des ganzen, schicksalhaften Entwicklungsproblems. Eine klare, verständliche Alternative zum Entwicklungswege der großzügigen, ausländischen Kapitalinvestitionen konnte bisher von der "revolutionären" Propaganda nicht präsentiert werden.

Die Militärregierung Boliviens hat es auch bisher an einem konkreten, realistischen Wirtschafts- und Entwicklungs-Programme fehlen lassen, so daß die privaten wirtschaftlichen Kräfte im Inlande und Auslande, von Mißtrauen und Skepsis erfüllt, sich noch jeder Initiative enthalten. Es wird sich erst zu zeigen haben, ob die Regierung wirklich imstande ist, im Volke Boliviens, in den südamerikanischen Nachbarländern und in der übrigen Welt die Kräfte zu mobilisieren und die Hilfeleistungen zu erzielen, die nicht nur etwa einen ebenso notdürftigen wie kostspieligen Ersatz für die Vertreibung und Abschreckung des amerikanischen Investitionskapitals darstellen, sondern jenes bitter notwendige Tempo und Ausmaß des Entwicklungsfortschrittes ermöglichen, das den revolutionären Proklamationen zufolge, bisher durch den Würgegriff der imperialistischen Kapital-Interessen blockiert und gedrosselt wurde.